

Stellungnahme von der ProDG-Fraktion von Liesa Scholzen
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 24. April 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

IZOM

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Was bedeutet IZOM für uns und was ist der Stand der Dinge? Im Grunde bedeutete IZOM für uns, eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache, ganz ohne administrative Hürden. Und für viele Menschen in Ostbelgien ist die medizinische Versorgung in ihrer Muttersprache eine absolute Notwendigkeit und oft eben nur im benachbarten Ausland möglich.

Wir wissen allerdings bereits seit Ende letzten Jahres, dass das IZOM Abkommen in seiner alten Form nicht fortgesetzt werden wird. Dies hatte verschiedene Gründe, die weitreichend sind: Schaffung von zusätzlicher Konkurrenzsituation, Patientenfluktuation, Bevorteilung einzelner, Wettbewerbsverzerrungen, Administrative Hürden, usw. Sparmaßnahmen waren in diesem Fall nicht Thema.

Da das IZOM Abkommen also bereits zum Jahreswechsel offiziell von den belgischen Landesverbänden gekündigt wurde, war eine frühzeitige Intervention absolut essentiell um das LIKIV auf die Bedeutung der Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache aufmerksam zu machen und somit auf die dringende Notwendigkeit einer Nachfolgerregelung! Mithilfe der hiesigen Krankenkassen ist dies schlussendlich gelungen.

Es ist nun bekannt, dass eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Landesamts für Kranken- und Invalidenversicherung, Vertretern der nationalen Krankenkassenverbände, der Hilfskrankenkassen und der HR Rail Krankenkassen zusammen mit der Regierung der DG (die in beratender Funktion tätig war), eine Nachfolgeregelung zu dem alten IZOM Abkommen ausgearbeitet haben. Diese Nachfolgeregelung hat zum Ziel, grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zu garantieren und somit eine Behandlung in deutscher Sprache weiterhin zu ermöglichen, ohne dass es zu Wettbewerbsverzerrungen oder zu Ungleichbehandlungen kommt.

Und genau das ist auch der Kern unserer Forderung!

Wir haben uns im Ausschuss eingehend mit diesem Thema befasst und verschiedene Anhörungen organisiert, mit den Krankenkassen, den Krankenhäusern und dem LIKIV um ebenfalls auf die Sensibilität dieses Themas aufmerksam zu machen! Denn einige Punkte in der Argumentation für eine Nachfolgeregelung sind unumstößlich:

- eine grenzüberschreitende medizinische Versorgung ist für Ostbelgien unabdingbar, schon allein durch unsere Kleinheit, durch die wir lediglich eine Basisversorgung in deutscher Sprache genießen und natürlich die Grenzlage.
- Es ist ein Patientenrecht, in seiner Muttersprache behandelt zu werden.
- die eben genannte Versorgung in deutscher Sprache, kann durch die hier ansässigen Fachärzte nicht vollständig abgedeckt werden.

Schon lange vor der von der CSP initiierten Petition, wurde bereits seitens der eingesetzten Arbeitsgruppe und der verschiedenen Akteure, intensiv an einer Nachfolgeregelung gearbeitet und es waren und sind keine leichten Verhandlungen, wie wir wissen. Dankbar sind wir für die Bereitschaft der CSP, die Resolution im Sinne des Konsenses abzuändern. IZOM darf kein Politikum sein oder werden, denn es geht dabei sehr konkret um unsere Patientenrechte. Während der Text in seiner ursprünglichen Form für uns nicht mehrheitsfähig oder zielführend war, spiegelt der vorliegende Text, an dem wir intensiv mitgearbeitet haben, in unseren Augen die Fakten und aktuellen Entwicklungen wieder.

Zum Glück hat es die Akteure gegeben, die sich von Anfang an für diese Nachfolgeregelung stark gemacht haben. So hat unter anderem das Engagement der Krankenkassen einen wichtigen Beitrag geleistet. Die freie Krankenkasse stand uns dabei stets bereitwillig für Informationen und Beratung zur Seite, dafür möchten wir Danke sagen. Sie hat der AOK die finanziellen Mittel zur Bearbeitung der Dossiers zu Verfügung gestellt, sodass eine IZOM Übergangsphase von 6 Monaten bis zum 30. Juni vereinbart werden konnte, um überhaupt die Chance zu erhalten, eine anständige Nachfolgeregelung zu verhandeln.

Auch die Krankenhäuser haben sich für eine Nachfolgeregelung ausgesprochen und wiesen darauf hin, dass durch die Kleinheit der DG nicht das komplette Spektrum an medizinischer Versorgung hier in deutscher Sprache angeboten werden kann.

Und nicht zuletzt hat unser Ausschuss im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht auf das Thema aufmerksam zu machen und möchte durch diese Resolution die wichtigsten Punkte und Forderungen nochmals unterstreichen!

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst wenn die Nachfolgeregelung zum IZOM Abkommen bereits weitestgehend ausgearbeitet wurde, es gilt seine Wichtigkeit und Notwendigkeit für Ostbelgien in den Vordergrund zu rücken. Bedenke man auch das mangelnde Verständnis für unsere Situation seitens des LIKIV zu Anfang der Verhandlungen. Außerdem ist es wichtig, die neue Regelung und ihre tatsächlichen Auswirkungen genauestens zu beobachten und zu evaluieren um eventuell auftretende Situationen der Benachteiligung von Ostbelgiern schnellstens zu identifizieren und zu beheben.

Ich möchte mich noch einmal bei allen beteiligten Akteuren für ihren Einsatz bedanken, und ebenso für die konstruktive Arbeit im Ausschuss.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Liesa Scholzen
ProDG-Fraktion